

KURZ

Kinos grösste Verlierer
WERBEMARKT Der Schweizer Werbemarkt ist 2008 dank guten Resultaten zu Jahresbeginn um 2,6 Prozent auf 3,95 Mrd Franken gewachsen. Damit liege das Jahr in der Zehnjahresanalyse im Mittelfeld, teilte das Werbe- und Medienforschungsunternehmen Media Focus mit. Erfasst ist der Werbedruck in den Bereichen Print, Fernsehen, Radio, Plakat, Kino, Teletext und Internet. Die Kinos verloren mit einem Minus von 10 Prozent am deutlichsten an Boden. (sda)

Flaute bei Inseraten
PRINTMEDIEN Als Folge der Wirtschaftslaute sind die Einnahmen der Printmedien 2008 um 6 Prozent auf 1,887 Mrd Franken gesunken. Laut AG für Werbemedienforschung wiesen die Liegenschaftsanzeigen mit minus 19,1 Prozent auf 73,7 Mio den stärksten Rückgang auf. Die kommerziellen Anzeigen sanken um 5,8 Prozent auf 1,423 Mrd, die Stellenanzeigen um 3,4 Prozent auf 273,6 Mio Franken. Nach Printmediengattung verzeichneten nur die Fachpresse mit 64,6 Mio (+4,8 Prozent) und die Sonntagspresse mit 210,5 Mio (+5,2 Prozent) ein Plus. Die Tagespresse verlor 7,2 Prozent auf 1,033 Mrd Franken. (sda)

Milliardär wird Verleger
LONDON Der russische Milliardär Alexander Lebedew übernimmt zu einem symbolischen Preis 75,1 Prozent der traditionsreichen Londoner Zeitung «Evening Standard». Diese kämpft mit massiv sinkenden Werbeeinnahmen. Damit sei die Zukunft der Zeitung gesichert, sagte der Chef der bisherigen Eigentümerin Daily Mail & General Trust. (sda)

Staatsgarantie aufgestockt
HYPOTHEK Die Staatsgarantien für den angeschlagenen deutschen Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate (HRE) müssen ein weiteres Mal aufgestockt werden. Der staatliche Bankenrettungsfonds gewährt erneut 12 Mrd Euro, um das Überleben der Bank zu sichern. Die Staatsbürgschaft erreicht damit die 42 Mrd Euro. (ap)

Keine Boni bei Grossbanken
FRANKREICH Die Führungskräfte der französischen Grossbanken haben dem Druck von Präsident Sarkozy nachgegeben und verzichten auf alle Bonuszahlungen für 2008. Im Gegenzug sicherte der Staatschef zu, den Instituten Eigenkapitalhilfen auszus zahlen. Laut Wirtschaftsministerin Lagarde können die sechs grossen Banken zusammen bis zu 10,5 Mrd Euro beantragen. (sda)

Abbau von 5000 Stellen
ERICSSON Der weltgrösste Telekommunikationskonzern Ericsson hat 2008 einen Reingewinn von 11,3 Mrd Kronen (rund 1,5 Mrd Franken) erzielt. Der Umsatz legte um 11 Prozent auf 209 Mrd Kronen zu. Dennoch sollen bis Mitte 2010 neu 5000 statt der bisher vorgesehenen 4000 Stellen gestrichen werden. Zusammen mit weiteren Sparmassnahmen sollen die Kosten um 10 Mrd Kronen (1,35 Mrd Franken) gedrückt werden. (sda)

IBM überrascht positiv
GEWINNSPRUNG Der amerikanische Computer- und IT-Konzern IBM hat im letzten Geschäftsjahr den Gewinn um gut 18 Prozent auf die Rekordhöhe von 12,3 Mrd Dollar gesteigert. Der Umsatz nahm um knapp 5 Prozent auf 103,6 Mrd Dollar zu. IBM peile auch für 2009 ein Rekordergebnis an, sagte Konzernchef Sam Palmisano. (sda)

AZ Medien expandieren
OLTEN Die AZ Medien übernehmen von der Publigroupe 100 Prozent des Kapitals der Gratis-Wochenzeitung «Stadtanzeiger Olten». 2005 hatte die Publigroupe den AZ Medien bereits ihren 35-Prozent-Anteil an der Vogt-Schild-Holding, Herausgeberin der «Solothurner Zeitung», verkauft. Der «Stadtanzeiger Olten» erscheint in einer Auflage von 49000 Exemplaren. (ap)

Weltwirtschaft im «Sanatorium»

Das Weltwirtschaftsforum 2009 in Davos steht unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Veranstalter des WEF sprechen vom anspruchsvollsten Forum aller Zeiten. Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise reisen nicht weniger als 43 Staats- und Regierungschefs nach Davos.

DENISE LACHAT, GENÈVE

Partys, entgegnete Klaus Schwab gestern auf eine Medienfrage, gehörten ohnehin nicht zum offiziellen Rahmenprogramm des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos. Für die Teilnehmer gelte es dieses Jahr mehr denn je, die Ärmel hochzukrempeln. «2009 wird das komplexeste und anspruchsvollste WEF aller Zeiten», sagte der Gründer und Direktor des WEF gestern bei der Vorstellung des Tagungsprogramms in Genf. Unter dem Eindruck der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben 700 Spezialisten den Anlass in Davos vorbereitet, so viele wie nie zuvor, und auch die rekordhohe Zahl der Teilnehmer zeigt laut Schwab, dass die Probleme «so komplex sind, dass wir sie nur gemeinsam lösen können».

Auf der Intensivstation gelandet

Die Krise sei schwierig zu verstehen, weil viele Faktoren zusammenspielen, sagte Schwab. Neben der Finanz- und Immobilienkrise diagnostiziert er einen zyklischen Abschwung und eine Systemkrise. «Die bisherigen Lösungen helfen uns nicht weiter.» In erster Linie gelte es nun, wieder Vertrauen zu schaffen. Auch das Forum, das sich als weltweite Plattform und als Wegbereiter für Ideen und Strategien versteht, hat für den gewaltigen Crash nur sehr beschränkt als Seismograf gewirkt. Schwab verweist zwar auf einzelne Warner wie George Soros, räumt aber ein, dass niemand diese Stimmen genügend ernst genommen habe. Einzelne Akteure hätten das System missbraucht, so dass die Welt auf der «Intensivstation» gelandet sei. Diese Patientin soll in Davos ein Stück weit gesunden, wie die WEF-Macher hoffen. «Wir haben zwar keinen Zauberstab zur Hand», sagte Schwab in Anspielung auf Thomas Manns «Zauberberg», der in Davos

spielt. «Doch das WEF soll für die Welt ein Sanatorium sein».

Zum Aufenthalt im «Sanatorium» angemeldet haben sich gut 2500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus knapp einhundert Ländern, darunter 43 Staats- und Regierungschefs. Das zentrale Thema – «Die Welt nach der Krise gestalten» – spiegelt sich auch in der Zahl der Chefs der weltweit tonangebenden Firmen: 1400 reisen nach Davos, gemäss den Veranstaltern sind das mehr als je seit der Gründung des WEF im Jahr 1971. Neben den Wirtschaftskapitänen (56 Prozent aller Teilnehmer) haben auch 17 Finanz- und 20 Handelsminister sowie 19 Notenbankvertreter ihr Kommen angekündigt.

Etwas grösser als in früheren Jahren ist die Deputation aus den USA, unter anderem mit Al Gore und Bill Clinton. Von Obamas neuer Regierung nehmen allerdings lediglich Lawrence Summers, Leiter des Wirtschaftsrats, und der Si-

cherheitsberater James Jones teil. Zugesagt haben hingegen der russische Premier Vladimir Putin sowie der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao, die beide am Eröffnungstag vom 28. Februar auftreten, sowie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Klimagipfel und Gaza-Krieg

Einen weiteren WEF-Schwerpunkt bildet die Klimapolitik. In Davos soll der im Dezember geplante Klimagipfel von Kopenhagen vorbereitet werden. Und auch der Krieg in Gaza wird zur Sprache kommen, mit Israels Shimon Perez, Ägyptens Amr Moussa und dem türkischen Premier Erdogan, aber ohne die Teilnahme der Palästinenser. «Das ist eine Enttäuschung», räumte Schwab ein.

Gänzlich fehlen am diesjährigen WEF die Vertreter des Showbusiness. Sogar Stammgast Bono von U2 ist wegen Plattenaufnahmen verhindert.



WEF-Direktor Klaus Schwab in Erwartung des bisher anspruchsvollsten Davoser Forums aller Zeiten.

LAURENT GILLIERON/KEYSTONE

Genf verbietet Demo

Offensichtlich sitzt den Genfern der Schock über die wüsten Ausschreitungen im Gefolge des G-8-Gipfels auch nach fünf Jahren noch in den Knochen. Seit bekannt ist, dass die WEF-Kritiker am 31. Januar in Genf demonstrieren wollen, jagen sich die Abwehrreaktionen. Demonstration verbieten, verlangten kurz und bündig die Ladenbesitzer, die SVP und das Mouvement des Citoyens Genevois. Und die FDP wollte zumindest erreichen, dass die Route der Kundgebung geändert wird. Geplant war, dass der Demonstrationzug durch die Innenstadt führt, notabene durch die noblen Rues Basses und das Quartier der Banken.

Gestern hat nun die Regierung entschieden, die Kundge-

bung zu verbieten. Ihr fehlten ausreichende Garantien der Veranstalter für eine gewaltfreie Demonstration. Und auch die Genfer Polizisten hatten lange mit einem «Minimaldienst» an der Anti-WEF-Demonstration gedroht, aus Frust über unerfüllte Forderungen im Rahmen der an der Euro 08 geleisteten Überstunden. Am Vorabend des Regierungsentscheids teilten die Personalverbände mit, sie würden der Republik nun doch treu dienen und, falls erforderlich, erneut Überstunden leisten.

Ob es trotz Kundgebungsverbot dazu kommt, wird der 31. Januar weisen. Letztes Jahr kam es in Bern zu einer unbewilligten Anti-WEF-Demonstration. (dl)

Trotz Finanzkrise eine «Suite über den Wolken»

SWISS Die Fluggesellschaft Swiss hat gestern in Zürich ihren neuen First-Class-Sitz präsentiert. Swiss-Chef Christoph Franz zeigte sich überzeugt, auch während der Finanzkrise genügend Passagiere für die neuen Schlafkabinen zu finden. Am Sitz lässt sich praktisch alles per Knopfdruck verstellen: Sitzposition, Polsterhärte, Beleuchtung, Abtrennwände sowie das Unterhaltungsangebot auf dem 23-Zoll-Flachbildschirm. Auch per Knopfdruck lässt sich das Möbel in ein über zwei Meter langes Bett mit Daunendecke verwandeln. Ein schöner Tag sei das, sagte Franz vor den Medien. Mit dieser «Suite über den Wolken» setze die Swiss einen weiteren Meilenstein in ihrer Qualitätsoffensive.

Zum neuen First-Class-Konzept der Swiss gehören auch Lounges, Check-in-Schalter sowie Limousinen, welche die Passagiere vom Terminal direkt zur Maschine fahren. Insgesamt investiert die Fluggesellschaft einen «tiefen zweistelligen Millionenbetrag» in die neue Premium-Klasse. Genaue Zahlen will die Firma nicht nennen.

Abheben wird das neue Angebot im Frühling 2009, wenn die ersten

drei von insgesamt neun Airbus-A330-300-Maschinen ihren Betrieb aufnehmen. Bis Sommer 2011 sollen dann alle neuen Flieger in der Luft sein. Diese Neuanschaffungen, welche die Airbus A330-200 ablösen, kosten die Swiss insgesamt eine Milliarde Franken.

200 bis 300 neue Stellen

Die Firma sei gut aufgestellt und auch in Krisenzeiten in der Lage, solche Investitionen zu tätigen, sagte Franz. «Die Swiss ist profitabel und wird profitabel bleiben.» Der Swiss-Chef räumte zwar ein, dass man einen deutlichen Rückgang im Premium-Geschäft verzeichne. «Weil wir hier aber eine überdurchschnittliche Nachfrage haben, werden wir das verkraften können.» Nicht zuletzt rechnet die Swiss auch damit, dass Privatjet-Passagiere aus Kostengründen vermehrt auf die vergleichsweise günstige First Class umsteigen.

Auch zu einem Stellenabbau werde es im 2009 nicht kommen, versprach Franz. «Im Gegenteil, wir werden 200 bis 300 neue Stellen schaffen.» Ein Nachholbedarf bestehe vor allem bei Piloten und Flight-Attendants. (sda)

Arbeitskräftemangel trotz Wirtschaftskrise?

PERSONAL Arbeitskräftemangel? Dieses Stichwort steht den meisten Leuten zurzeit wohl nicht zuvorderst auf der Zunge. Zu häufig sind die Meldungen über Stellenabbaupläne, zu düster sind vorderhand die Aussichten für die Weltkonjunktur. «Arbeitskräftemangel in einer globalisierten Welt: Utopie oder Realität?», lautete gestern dennoch das Thema am 4. Berner HR-Forum im Kursaal auf Einladung der Beratungsfirma Meichle + Partner sowie Carrière féminine. Die Votanten waren sich aber einig: Kurzfristige Konjunkturschwankungen ändern nichts daran, dass Arbeitgeber grundsätzlich auch in Zukunft mit einer Knappheit vor allem bei qualifiziertem Personal rechnen müssen. In einer Ad-hoc-Abstimmung schien auch die Mehrheit der rund 800 Besucher des Forums diese Meinung zu teilen.

Trotzdem kam die Veranstaltung nicht um eine Diskussion zur laufenden Krise herum. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz werde sich verdoppeln, sagte Corrado Pardini von der Gewerkschaft Unia. Noch vor Kurzem habe kaum jemand geglaubt, wie stark die Krise einschlagen könne, betonte SBB-Personal-

chef Markus Jordi: Bei manchen Firmen seien die Aufträge fast über Nacht eingebrochen. Auch die SBB spürten dies bei den internationalen Gütertransporten – mit Auftragseinbrüchen von 20 bis 30 Prozent.

Keine solchen Sorgen hat derzeit Uwe Jocham, Chef der Berner Pharmafirma CSL Behring, die im vergangenen Jahr noch stark ausgebaut hatte und mit weiterem Wachstum rechnet («Bund» vom 20. Januar). «Wir stehen in einem Wettbewerb um internationale Talente und müssen sehr darauf achten, dass wir als Arbeitgeber attraktiv sind», erklärte Jocham.

Zu diesen Bemühungen gehört laut diversen Votanten auch, dass die Firmen im Abschwung ihr qualifiziertes Personal nicht gleich auf die Strasse stellen. «Kurzarbeit» war eines der genannten Stichwörter. Umstritten blieb gestern die Frage, wie weit Migranten im EU-Europa und in der Schweiz als Folge der Krise wieder in die Heimat zurückkehren. Das «Retour-Ticket» werde häufig gebucht, mutmasste Publizist Beat Kappeler. Diese These fand in einer Ad-hoc-Abstimmung unter den Besuchern jedoch mehr Ablehnung als Zustimmung. (hs)

Pulver noch nicht verschossen

NATIONALBANK Die Gefahr einer Deflation mit sinkendem Preis- und Lohngefüge bereitet der Nationalbank zurzeit mehr Sorge als das Inflationsrisiko. Dies machte SNB-Vizepräsident Philipp Hildebrand gestern an einem Vortrag in St. Gallen deutlich. «Deflation ist genauso unerwünscht wie Inflation», sagte er. Das Gefährliche an der Deflation sei, dass sie sich selber verstärke. Zudem sei deren Bekämpfung viel anspruchsvoller als der Kampf gegen die Inflation. So sei das klassische Zinsinstrument angesichts einer faktischen Nullzinspolitik – der Leitzins beträgt 0,5 Prozent – nahezu ausgereizt, sagte Hildebrand.

Dennoch sei die Notenbank noch längst nicht machtlos. Hildebrand zählte folgende Optionen auf: Die SNB könnte die Fristen bei den Repo-Transaktionen nochmals verlängern – die Laufzeiten wurden bisher sukzessive von drei auf sechs und zwölf Monate erhöht. Weiter könnte die Notenbank am Sekundärmarkt als Käuferin von Bundesanleihen auftreten. Drittens wäre es denkbar, dass die SNB die Zinsen für Privatschuldner am Schweizer Markt direkt zu beeinflussen versuche, indem sie langfristige Unternehmensanleihen kauft. (ap)